



Wenn das Volk richtet ...

Lynchjustiz in Togo

Lynchjustiz – Wenn das Volk richtet

Am 30. Januar 2016 wird ein Mann mittels eines mit Benzin gefüllten Pneus lebendigen Leibes verbrannt. Die Menge beschuldigte ihn, im Agodeke-Quartier in Lomé ein Motorrad gestohlen zu haben. Ein gleicher Übergriff hatte sich bereits zu Beginn des Monats in einem anderen Stadtquartier ereignet...

Bevölkerung in Armut

Togo, ein kleiner westafrikanischer Staat zwischen Benin und Ghana, mit einer Bevölkerung von etwas mehr als 7 Millionen, wurde praktisch seit seiner Unabhängigkeit 1960 vom Militärmachthaber Gnassingbé Eyadéma mit harter Hand regiert. Dessen Sohn Faure Gnassingbé erlangte nach dem Tod des Vaters 2005, wiederum mithilfe des Militärs, die Macht und ist seither Präsident von Togo. Formal ist Togo eine Demokratie mit Mehrparteiensystem und Gewaltenteilung, jedoch wird das Land seit nunmehr 50 Jahren autoritär beherrscht. Die ersten relativ fairen und «freien» Wahlen fanden 2007 statt. An den Machtverhältnissen im Land haben sie freilich wenig geändert.

Von den stabilen wirtschaftlichen Wachstumsraten profitiert lediglich eine Elite um Präsident Faure Gnassingbé. Korruption ist ein grosses Problem. Togo belegt aktuell auf dem Korruptionswahrnehmungsindex

von Transparency International Platz 116 von 168 (wobei Platz 1 praktisch keine Korruption bedeutet), letztes Jahr war es noch Platz 107. Mehr als die Hälfte der togolesischen Bevölkerung lebt in extremer Armut, wenn auch die Armutsquote zwischen 2011 und 2015 von 59% auf 55% gesunken ist. Besonders ländliche Regionen sind von Armut betroffen: Etwa ein Drittel der Bevölkerung dort hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, fast 90% verfügen über keine angemessene Sanitärversorgung.

Menschenrechtslage

2009 hat Togo die Todesstrafe für alle Verbrechen abgeschafft. Eine Wiedereinführung ist so gut wie ausgeschlossen: Im September 2016 ratifizierte das Land das Zweite Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte. Ausserdem hat Togo das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe ratifiziert.

Obwohl Togo durch den Beitritt zu diesen internationalen Abkommen ein Engagement für Menschenrechte demonstriert, werden diese im eigenen Land systematisch missachtet: Meinungs- und Versammlungsfreiheit werden unterdrückt, friedliche Proteste und

Demonstrationen brutal niedergeschlagen, wobei durchaus auch scharfe Munition gegen Frauen und Kinder eingesetzt wird. Immer wieder verschwinden Personen auf ungeklärte Weise. Verantwortliche werden nicht zur Rechenschaft gezogen. Weder Parlament noch Justiz erfüllen ihre Kontrollfunktionen ausreichend. Die arme Bevölkerung hat kaum Zugang zum Justizwesen.

Der Zustand des Justizsystems habe sich, entgegen den von Togo angenommenen Empfehlungen der ersten UPR-Überprüfung Togos 2011, nicht verbessert, so ACAT-Togo und die FIACAT in ihrer Stellungnahme zum zweiten UPR-Zyklus 2016. Kritisiert wird insbesondere die ungenügende Anzahl Richter und die mangelhafte und oftmals fehlende Ausbildung für Richter, Anwälte und Justizpersonal, was Prozesse erheblich verzögert.



Was ist Lynchjustiz?

Eine aufgebrachte Menschenmenge versammelt sich um eine eines Verbrechens beschuldigte Person und vollzieht die (ungesetzliche) Strafe (Misshandlung oder Tötung) für das Verbrechen gleich an Ort und Stelle. Dieser Vorgang wird allgemein als Lynch- oder Volksjustiz bezeichnet. Bruno Haden, Generalsekretär von ACAT-Togo, zieht eine Parallele zwischen Lynchjustiz und Todesstrafe – Lynchjustiz sei eine Form der Todesstrafe innerhalb der Bevölkerung. Im togolesischen Kontext dränge sich die Frage auf, ob Lynchjustiz die Todesstrafe nicht sogar ersetzt habe.

Die Herkunft des Begriffs Lynchjustiz ist nicht eindeutig geklärt, er wurde aber in den Vereinigten Staaten von Amerika im 18. Jahrhundert geprägt. Lynchjustiz ist ein weltweites Phänomen.

Merkmale von Lynchjustiz sind die Absenz eines unabhängigen Gerichtsverfahrens und das Fehlen sämtlicher rechtsstaatlicher Garantien: «Beim Lynchen handelt es sich um die extralegale Bestrafung angeblicher Verbrecher durch mehr oder weniger organisierte Gruppen, die den Anspruch erheben, im Namen lokaler Gemeinschaften und einer höheren Gerechtigkeit bzw. Notwendigkeit zu handeln. Ihrem Anspruch nach ist die Lynchjustiz also keineswegs gesetzbare Mobgewalt, sondern im Gegenteil die gemeinschaftliche Verteidigung von Recht und Ordnung, wenn und solange die Staatsgewalt dazu nicht bereit oder in der Lage ist» (Prof. Dr. Manfred Berg, «Lynchjustiz in den USA»).

Lynchjustiz in Togo

Die Schwäche des Justizsystems und mangelnder politischer Wille, dieses nachhaltig zu verbessern, führen zu einem Klima der Rechtsunsicherheit für die Bevölkerung. Auf diesem Boden gedeiht das unheimliche Phänomen der Lynchjustiz. Lynchjustiz kann grundsätzlich in allen Gesellschaften auftreten, doch in Togo ist sie zu einem weit verbreiteten Phänomen geworden.

In urbanen Gegenden kommt Lynchjustiz vor allem bei Verdacht auf Diebstahl und im Zusammenhang mit Verkehrsdelikten vor. Häufiger ist sie in ländlichen Regionen Togos. Dort fallen ihr vor allem Menschen zum Opfer, denen schwarze Magie und Zauberei vorgeworfen werden.

Das mangelnde Wissen um juristische Prozesse und die Tatsache, dass es keine geeigneten Massnahmen gibt, um Vorwürfen wie schwarzer Magie oder Zauberei nachzugehen und diese entsprechend zu ahnden, spielen hierbei eine grosse Rolle, so Bruno Haden, Generalsekretär von ACAT-Togo.

Wie aus einem Gerücht Mord wird

In Togo ist Lynch- oder Volksjustiz leider nicht selten. Die Bevölkerung bedient sich dieses Mittels, um vermeintliche Kriminelle zu beseitigen. Oftmals wird ein Verdächtiger zuerst zusammengeschlagen und dann lebendigen Leibes verbrannt, indem man ihm einen mit Benzin gefüllten Pneu um den Hals legt. Dies häufig aufgrund eines Gerüchts oder eines Missverständnisses. Mit den nachfolgenden Beispielen dokumentieren wir nur einen Bruchteil dieser Fälle.

Im August 2015 wurde ein des Diebstahls verdächtigter Ivorer Opfer von Lynchjustiz. Nach diesem Drama haben der Minister für Sicherheit und Bevölkerungsschutz und der Justizminister in einem gemeinsamen Communiqué die Bevölkerung aufgefordert, «auf das Gerichtswesen und die Sicherheitskräfte zu vertrauen, wenn sie mit einer Straftat oder einem Vergehen konfrontiert sind». Die togolesischen Behörden verurteilten die Lynchjustiz und forderten die Bevölkerung auf, «sich nicht selbst Recht zu verschaffen».

Zuweilen entfacht sich der Volkszorn nach einem Streit zwischen zwei Parteien gegen eine fälschlicherweise angeschuldigte Person. Opfer solcher Anschuldigungen wurde am 5. Juli 2016 ein Nigerianer, ein der Bevölkerung bekannter Schuhverkäufer in der Stadt Agocé. Nach einem Streit schrie

dessen togolesische Freundin «Haltet den Dieb». Die Menge ergriff den Mann, verpasste ihm Stockschläge und warf mit Steinen nach ihm. Das Opfer wurde trotz seiner Erklärungsversuche und seiner Hilferufe bei lebendigem Leib verbrannt.

Neben dem mangelnden Vertrauen in die togolesische Justiz nennen Zeugen das Verhalten der Diebe und Gewalteskalation als Ursachen für Lynchjustiz. Ein Zeuge eines Lynchaktes äuserte sich wie folgt: «Die Diebe sind selber schuld, wenn sie, einmal gefasst, verbrannt werden. Sie sind schuld, wegen ihrer eigenen Brutalität. Bei ihren dunklen Geschäften zögern sie nicht mehr, von selbst gefertigten Hieb-, Stich- oder Schusswaffen Gebrauch zu machen. Eine Waffe ist eine Waffe, und sie tötet denjenigen, gegen den sie gerichtet ist. Ja, die Diebe der neuen Generation sind Strassenbanditen, die zuerst rauben, dann töten, vergewaltigen oder sonst wie Leid verursachen. Für sie hat ein Menschenleben keinen Wert mehr. Was zählt, ist die Beute, die es mit allen Mitteln zu beschaffen gilt. Statt einem Motorradfahrer einfach das Motorrad zu stehlen, töten sie ihn und nehmen dann seine Maschine mit. Statt im Café um die Ecke nur den Kühlschrank zu stehlen, vergewaltigen und töten sie die zuvor ausgeschaltete Kellnerin und verwüsten dann alles. Die Bevölkerung sieht also nicht nur das Verbrechen, sondern eine Art Verhöhnung, Zynismus, Sadismus und Terrorregime.» Solche Äusserungen zeigen klar auf, dass in Togo nicht nur eine wirksamere Justiz, sondern auch eine Sensibilisierung der breiten Bevölkerung dringend nötig ist.

Fehlender Straftatbestand

Artikel 13 der togolesischen Verfassung hält die Verpflichtung des Staates fest, die körperliche und seelische Unversehrtheit sowie das Leben und die Sicherheit aller im Staatsgebiet lebenden Personen zu garantieren. Doch die von den togolesischen Behörden unternommenen Anstrengungen, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, seien ungenügend, gerade im Hinblick auf Lynchjustiz, so die FIACAT und ACAT-Togo in ihrem Beitrag zum zweiten UPR-Zyklus. Trotz des weit verbreiteten Problems der Lynchjustiz existiert in der togolesischen Gesetzgebung, im Gegensatz zu Mord und Körperverletzung, kein entsprechender Straftatbestand. Damit fällt das Phänomen aus dem juristischen Rahmen und kann nicht Bestandteil einer Strafverfolgung sein.

Das ACAT-Netz teilt die Besorgnis von ACAT-Togo und der FIACAT über das verbreitete Phänomen der Lynchjustiz in Togo und fordert den Staatspräsidenten mit einer Petition zum Handeln auf.

Einsatz gegen die Lynchjustiz

ACAT-Schweiz unterstützt mit dieser Kampagne ihre Schwesterorganisation ACAT-Togo, die sich gegen das Phänomen der Lynch- oder Volksjustiz einsetzt. Die Anerkennung der Menschenwürde ist das Fundament des Auftrags von ACAT. Diese gründet ihr Handeln auf Artikel 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UDHR): «Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.»

Für ACAT steht die Unantastbarkeit der Menschenwürde im Zentrum ihres Handelns. Die Präambel der UDHR von 1948 hält denn auch fest, dass «die Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Familie innewohnenden Würde und ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte die Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt bildet».

Diese allen Menschen innewohnende Würde steht auch in Zusammenhang mit der Anerkennung des Grundrechts auf Leben: «Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit» (Artikel 3 UDHR). Auf diesem Grundrecht bauen alle weiteren durch internationale Menschenrechtsabkommen anerkannten und garantierten Rechte auf.

Die Garantie dieser Rechte (darunter das Recht auf Leben) wurde mit der Ratifizierung (1984) des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) sowie der zwei Fakultativprotokolle auch von Togo bekräftigt – das zweite Fakultativprotokoll (ratifiziert 2016) beinhaltet die Abschaffung der Todesstrafe (Artikel 1).

ACAT hat auch die Aufgabe, auf die Abschaffung der Todesstrafe hinzuwirken. Das Phänomen der Lynchjustiz stellt eine Verletzung des Grundrechts auf Leben dar, vergleichbar mit einer Hinrichtung. Zurückzuführen ist es teilweise auf die Trägheit des Staats und die Schwäche der Justiz. Deshalb fordern wir die Republik Togo in einer Petition auf, solchen Lynchakten ein Ende zu setzen und das Justizwesen zu stärken.

Als christliche Organisation stützt sich ACAT auch auf das Evangelium: Das Leben und die Menschenwürde sind heilig. Im Verständnis von ACAT kommt die Entscheidung über Leben und Tod allein Gott zu. Folter und Todesstrafe sind mit der christlichen Botschaft nicht vereinbar.

Nein zur Lynchjustiz, denn ...

- 1** Kein Mensch auf Erden darf die Macht haben, einem Mitmenschen das Leben zu nehmen.
- 2** Die Lynchjustiz steht im Widerspruch zu den Evangelien, die für die Heiligkeit und Unantastbarkeit des menschlichen Lebens eintreten.
- 3** Die Lynchjustiz stellt eine grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung dar.
- 4** Die Lynchjustiz verstösst gegen die Grundsätze der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.
- 5** Die Lynchjustiz ist weder rückgängig zu machen noch wiedergutzumachen.
- 6** Die Lynchjustiz ist barbarisch und läuft der Gerechtigkeit zuwider.
- 7** Die Lynchjustiz ist in einer demokratischen Gesellschaft inakzeptabel.

Bruno Haden, Generalsekretär ACAT-Togo

**Herzlichen Dank für Ihre Beteiligung
an der Unterschriftensammlung!**

Selbstjustiz und Versöhnung in der Passionsgeschichte – und heute

Ein verlässliches und unabhängiges Rechtssystem gehört zu den kostbarsten Ordnungen eines Staates. Überall gilt es, dazu Sorge zu tragen. Wir wissen auch aus unserem Lande, wie gefährlich es ist, wenn die Bevölkerung das Recht in die eigene Hand nehmen will. Angestachelt von aufreizenden Medienberichten meint man oft schnell, den Schuldigen gefunden zu haben und macht ihn fertig, ehe eine ordentliche Untersuchung stattgefunden hat. Die Berichte über Lynchjustiz in Togo und anderen Ländern sind erschütternd und rufen zum Protest. Dennoch dürfen wir nicht vorschnell den Stab brechen über Menschen, die in bitterer Armut und ohne Vertrauen in die Justiz leben, und die sich hinreißen lassen, ihrer Wut und ihrer Verbitterung an noch schwächeren Opfern freien Lauf zu lassen!

Ist uns bewusst, dass uns diese Dynamik bereits in der Passionsgeschichte begegnet? Während Pilatus Jesus verhörte, hatte sich draussen «die Volksmenge» versammelt. Die Mehrzahl von ihnen

waren Menschen, die unter Armut und Rechtlosigkeit, unter Mangel, Hunger und damit verbundenen Krankheiten litten. Schon viele selbsternannte Erlöser hatten ihnen die Befreiung vom Joch ihrer Rechtlosigkeit versprochen, aber ihre Versprechen nicht eingelöst. War der Mann aus Nazareth trotz all seiner Wohltaten nicht auch einer dieser falschen Heilsversprecher? Warum war er jetzt wehrlos dem Machtapparat der Römer ausgeliefert? Pilatus ahnte die Spannung, die in der Luft lag, und die sich rasch auch gegen ihn wenden konnte. Er hatte keine Gründe für eine Verurteilung der Nazareners gefunden, spürte aber das Bedürfnis der Menge nach einem Sündenbock, und machte darum etwas zugleich Perfides und Gefährliches (Mt 27, 22–23): Er überlässt die Verurteilung dem Volke, und sogleich ertönt der verhängnisvolle Ruf: «Kreuzige ihn!» Jesus wird ein Opfer der Schwäche der Justiz und der Verblendung des Volkes. Aber er ist nicht nur hilfloses Opfer, sondern er geht seinen Weg bewusst und legt den Anfang zur grundlegenden Wende, zu der er

Meditation

berufen ist. Am Kreuz hat er das entscheidende Wort gesprochen, das die verhängnisvolle Spirale der Gewalt durchbricht: «Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun» (Lk 23, 34).

Jesus bittet um Vergebung für die Römer und für die Volksmenge, die seinen Weg noch nicht verstehen kann. Hätte doch die Christenheit diesen Ruf ernster genommen! Bald wurde der Ruf zur Versöhnung vergessen und man hat wieder nach Schuldigen gesucht. Der Ruf ‚Kreuzige ihn!‘ wurde zum Anlass genommen, die Kette der Lynchjustiz fortzusetzen durch unsägliche Pogrome an den Juden, denen man die Schuld am Tode Jesu gab. So ruft die Besinnung auf den Karfreitag uns alle zur Umkehr. Gott ist es, der Gerechtigkeit schafft. Trennen wir uns vom Gedanken der Rache, und achten und schützen wir die, die nach menschlichem Ermessen Recht sprechen. Auf diesem festen Grunde können wir eintreten für die, die noch heute Opfer von Lynchjustiz werden. Stärken wir alle, die den Mut haben, sich diesem gefährlichen Sog entgegenzustellen.



Gebet und Fürbitten

Schenke uns Stille und Kraft, den Leidensweg Jesu neu zu bedenken. Zeige uns, wo wir zur Umkehr gerufen sind. Lass uns das Geschenk der Versöhnung dankbar empfangen und den Ruf zur Vergebung hören und gelten lassen. Vergib uns, wo wir unsere eigenen Schwächen verdrängen und vorschnell über andere urteilen. Verbinde uns mit allen, die weltweit aus diesem Glauben Kraft und Mut schöpfen.

Wir danken dir für das Vorrecht, in einem geordneten Rechtsstaat leben zu dürfen. Hilf uns, dazu Sorge zu tragen. Stärke die Richterinnen und Richter und alle, die im Rechtsvollzug arbeiten. Bewahre die Medienschaffenden und die Politiker und Politikerinnen davor, momentanen Stimmungen nachzugeben und das Recht der Mehrheit durchzusetzen. Zeige uns, wie wir für mehr Gerechtigkeit zwischen reichen und armen Ländern sorgen können, jedes an seinem Orte.

Wir bringen vor dich die Not der Menschen, die in Ländern ohne ein verlässliches Rechtssystem leben und die täglich der Willkür der Mächtigen und ihrer Vasallen ausgesetzt sind. Bewahre sie vor Willkür, aber auch vor dem Gift der Verbitterung und des Hasses. Schenke allen, die sich für Versöhnung und Gerechtigkeit einsetzen, die Kraft und den Mut deines Geistes.

Wir denken insbesondere an die Bevölkerung von Togo. Rufe die Machthaber zur Besinnung, dass sie die Güter des Landes gerechter verteilen, und wehre dem Missbrauch von Macht und dem Übel der Korruption. Wir bitten für die Kirchen und für alle Religionsgemeinschaften von Togo, dass sie nicht müde werden, die Botschaft der Versöhnung zu verkünden und glaubwürdig vorzuleben. Stärke alle, die den Mut haben, der Lynchjustiz entgegenzutreten, und gib allen, besonders den jungen Leuten, die Zivilcourage, im entscheidenden Moment festzustehen und nicht mitzumachen.

Pfr. Dieter Zellweger

Möchten Sie ACAT beitreten?

ACAT-Schweiz setzt sich seit 1981 gegen Folter und Todesstrafe ein.
Sie erreichen uns über info@acat.ch oder unsere Website www.acat.ch.

ACAT-Schweiz

Speichergasse 29

Postfach

CH-3001 Bern

Tel. +41 (0)31 312 20 44

info@acat.ch

www.acat.ch

Postkonto: 12-39693-7

IBAN CH16 0900 0000 1203 9693 7

Danke für Ihre Unterstützung!

**Unterschreiben Sie die Petition
und lassen Sie sie zirkulieren!**

Wir danken ACAT-Togo und der FIACAT für die gute Zusammenarbeit
und dem ACAT-Netz für die Übernahme dieser Kampagne.

Quellen:

ACAT-Togo, FIACAT, Vereinte Nationen u.a.

Für eine detaillierte Quellenangabe: www.acat.ch

Fotonachweis:

Fotos Togo © Guillaume Internoscia 2013

Vogel auf Stacheldraht © Mitrija

**ACAT-Schweiz (Aktion der Christen
für die Abschaffung der Folter)
ist seit 2002 ZEW0-zertifiziert.**

Das Gütesiegel steht für:

- zweckbestimmten, wirtschaftlichen und wirksamen Einsatz Ihrer Spende
- transparente Information und aussagekräftige Rechnungslegung
- unabhängige und zweckmässige Kontrollstrukturen
- aufrichtige Kommunikation und faire Mittelbeschaffung

